

6.15 Wahl zum Europäischen Parlament – Gerade jetzt: Für unser Europa

Beschluss des BDKJ-Hauptausschusses Februar 2024

Am 9. Juni 2024 findet in Deutschland die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Dies geschieht in einer besonders herausfordernden Zeit für die Europäische Union und für junge Europäer*innen. Nach den Belastungen in der Corona-Krise und vor dem Hintergrund der aktuellen Kriege auf der Welt ist die Bedeutung der Europäischen Union und der Europäischen Idee größer denn je. Es ist wichtiger denn je, dass wir in Europa und der EU zusammenkommen und gemeinsam Lösungen finden.

Es gibt große Herausforderungen, die die EU angeht und deren Bewältigung viel Potenzial für eine bessere Welt bieten. Allerdings werden zeitgleich auch Förderprogramme wieder gekürzt und das Asylrecht verschärft.

Als junge Christ*innen und überzeugte Europäer*innen stehen wir für ein vielfältiges, solidarisches, feministisches, jugendliches, klimagerechtes und faires Europa ein und fordern deshalb:

Ein vielfältiges Europa

- Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schützen. Diese Grundwerte sind mehr als nur Floskeln und werden von einer starken Zivilgesellschaft täglich gelebt. Die EU muss klar hinter diesen Werten stehen und sie schützen.
- Vielfalt zelebrieren und marginalisierte Gruppen schützen. Wir sind ein buntes Europa mit verschiedenen Lebensrealitäten. Die EU muss den Raum schaffen, um das Miteinander zu schützen und Hass, Rechtsextremismus und Verschwörungserzählungen entgegenzutreten.
- Menschenrechte an den Außengrenzen garantieren. Wir sind gegen eine Abschottung nach außen hin. Die EU muss ein menschenwürdiges und faires Asylverfahren sowie sichere Fluchtrouten schaffen und das Sterben auf dem Mittelmeer beenden.

Ein solidarisches Europa

- Solidarität und Gemeinschaft stärken. Egal ob auf der Straße oder im Parlament, ein Miteinander gelingt nur wenn wir an einem Strang ziehen und gemeinsam Lösungen finden. Die EU muss mit Transparenz und klarer Stimme sprechen.
- Gemeinsame Sozial- und Arbeitsstandards etablieren. Hierzu zählen ein Mindestlohn, Renten- und Arbeitslosenversicherung und die Bekämpfung des gender pay gap. Die EU muss ein Mindestmaß festschreiben, um gute und gerechte Arbeitsbedingungen zu garantieren.
- Unbezahlte Praktika abschaffen und die EU-Jugendgarantie stärken Die Jugendarbeitslosigkeit ist deutlich höher als die durchschnittliche Arbeitslosigkeit.

Junge Menschen wollen sich ausbilden und arbeiten. Der Einstieg in die Berufswelt sollte nicht ins Prekariat führen, sondern ein flüssiger Übergang sein.

Ein feministisches Europa

- Gegen Antifeminismus und Rechtsruck. Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien gewinnen in Europa immer stärker an Einfluss und profilieren sich durch antifeministische Positionierungen und Forderungen. Deshalb braucht es konsequente Maßnahmen zur Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit durch eine starke Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik, um die Gleichstellung aller Geschlechter bis 2030 in der EU zu verwirklichen und damit auch rechten Ideologien entgegenzuwirken.
- Geschlechtsspezifische Gewalt stoppen. Die neue EU-Gewaltschutzrichtlinie ist ein wegweisender Schritt, um Gewalt gegen Mädchen und Frauen zu beenden. Die Entscheidung der EU, Vergewaltigung nicht in die Richtlinie aufzunehmen, ist jedoch fatal. Der effektive Gewaltschutz von Mädchen und Frauen darf nicht davon abhängen, in welchem Mitgliedsstaat sie leben.
- Es braucht eine starke feministische EU-Außenpolitik. Frauen sind unverhältnismäßig stark von den Auswirkungen der Klimakrise und Kriegen betroffen. Deshalb braucht es eine vereinheitlichte feministische EU- Außenpolitikstrategie und insbesondere ihre konsequente Umsetzung. Eine effektive feministische Außenpolitik muss intersektional und dekolonial ausgerichtet sein und aktiv auf die Dekonstruktion und Transformation von Machtstrukturen hinarbeiten.

Ein jugendliches Europa

- Jugendverbände finanzieren. Demokratische Jugendverbände sind Werkstätten der Demokratie und der Interessensvertretung. Junge Menschen organisieren sich, um gemeinsam mehr zu erreichen. Sie müssen öfter in Gesetzgebungsprozesse einbezogen und finanziell gefördert werden.
- Förderprogramme ausbauen. Förderungen wie Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps müssen ausgebaut und bedarfsgerecht gestaltet werden. Die Bekanntheit dieser Programme muss gesteigert und die Antragsstellung vereinfacht werden, damit die Förderung bei den jungen Menschen ankommt. Zudem braucht es eine planbare und bedarfsgerechte Ausstattung von Jugendverbänden in den EU-Mitgliedsstaaten sowie von länderübergreifenden oder europaweiten Jugendverbänden. Dabei muss auch eine strukturelle Förderung der Verbände durch europäische Mittel sichergestellt werden. Eine reine Projektförderung reicht nicht aus, um die enorm wichtige Arbeit der Jugendverbände zu gewährleisten.
- Wahlalter EU-weit senken. Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre in Deutschland ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, um junge Menschen an europäischer Politik zu beteiligen. Unseres Erachtens sind Jugendliche so früh wie möglich aktiv in Entscheidungsprozesse einzubinden. Daher muss das Wahlalter weiter abgesenkt werden, sodass junge Menschen durch eine aktive Einbindung in politische, gesellschaftliche und kirchliche Entscheidungsprozesse auch eher dazu befähigt werden können, ihre Meinung einzubringen. Darüber hinaus gibt es in der EU aktuell verschiedene Wahlalter je nach Mitgliedsstaat. In einer gleichberechtigten EU gibt es keinen Platz für diesen Flickenteppich. Die EU muss daher das Wahlalter vereinheitlichen und auf mindestens 14 Jahre absenken.



Ein klimagerechtes und faires Europa

- Klimaschutz- und Umweltschutz ernst nehmen. Der European Green Deal muss zielstrebig umgesetzt werden. In Anbetracht der Klimakrise dürfen klimapolitische Maßnahmen nicht zur Disposition gestellt werden und die 1,5-Grad-Grenze muss die Leinie des Handelns sein. Die EU muss Klima- und Umweltschutz konsequent und sozial-gerecht gestalten, sich für die Bewahrung der Schöpfung einsetzen und ihre Verantwortung für den nachhaltigen Wandel nicht weiter in die Zukunft verlegen.
- Verantwortung übernehmen. Der Einsatz für Sozial- und Umweltstandards entlang von Lieferketten ist weiterhin ein wichtiges Ziel der EU. Unternehmen müssen ihrer Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte, Umwelt- und Klimaschutz entlang der gesamten Wertschöpfungskette gerecht werden. Die EU-Handelspolitik muss fair gestaltet werden, insbesondere durch Faire Handelsabkommen mit wirksamen Nachhaltigkeitskapiteln.
- Europa erweitern. Die EU ist gerade in dieser Zeit ein Friedensprojekt. Mit Kriegen in direkten Nachbarländern müssen wir die Europäische Idee von Frieden und Wohlstand für alle ernst nehmen. Beitrittskandidatenländer zum Beispiel im Westbalkan brauchen eine realistische Chance Mitglieder zu werden.

Mit diesen Ansprüchen rufen wir alle Wahlberechtigten zur Europawahl auf, um ihre Stimme für ein vielfältiges, solidarisches, feministisches, jugendgerechtes, klimagerechtes und faires Europa abzugeben.

Gerade jetzt: Für unser Europa!